

Soziale Arbeit auf den britischen Inseln

Herausforderung und Chance zugleich

Ingolf Block; Stefan Kleipoedszus; Klaudia Wildensee

Zusammenfassung

In dem Artikel werden zehn Jahre Reformen und Entwicklung im Bereich Children's and Families' Services (vergleichbar dem Allgemeinen Sozialen Dienst eines deutschen Jugendamtes) betrachtet. Es werden die Gründe für die Arbeitsmarktchancen deutscher diplomierter Sozialarbeiterinnen, Sozialarbeiter sowie Pädagogen und Pädagoginnen spezifisch in diesem Bereich aufgezeigt. Der Beitrag versucht, einen Ausblick auf die Entwicklungen der kommenden Jahre zu geben. Er mag auch eine Anregung sein, dem Beispiel Englands folgend das Thema Kindeswohlgefährdung in Deutschland auf breiter Basis in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu heben und aus Geschehnissen Lehren zu ziehen.

Abstract

This article examines ten years of reform and investment in the Children's and Families' Services, the UK's equivalent to the „Allgemeiner Sozialer Dienst“ of a German Youth Welfare Office. We are looking at why there are job opportunities for German qualified social workers as well as pedagogues specifically in this area. This article attempts to give a perspective on possible developments in the coming years. In presenting on the English system, we would like to foster a broader public consciousness of Child Protection and evidence-based practice in Germany.

Schlüsselwörter

Jugendhilfe – Allgemeiner Sozialdienst – Kinderschutz – Reform – Jugendpolitik – Großbritannien

Überblick

Die britischen Inseln, das sind England, Schottland, Wales und Nordirland, die zusammen das Vereinigte Königreich bilden, und die Republik Irland. Sie alle benötigen Fachkräfte. Social Worker¹ werden überall und in nahezu allen Bereichen der sozialen Dienstleistung gesucht. In England zum Beispiel sind rund zehn Prozent der Stellen nicht besetzt. Kommunale Arbeitgeber bieten unbefristete Arbeitsverträge, exzellente Bezahlung, Einführungsseminare, Trainingsmaßnahmen und – je nach Arbeitgeber – Umzugshilfen, Bonuszahlungen und weitere Vergünstigungen. Seit geraumer Zeit ist auch die Berufsgruppe der Pädagoginnen und Pädagogen gefragt. Sie hat ins-

besondere in England Aussicht, ihr pädagogisches Rüstzeug in Einrichtungen zur Betreuung von Kindern und Jugendlichen sowie Erwachsenen mit Lernbehinderungen praktisch zur Anwendung zu bringen. Die Wochenarbeitszeit beträgt zwischen 34 und 39 Stunden.

Die Gründe für den nun schon Jahre andauernden erhöhten Bedarf an ausgebildeten Fachkräften der Sozialpädagogik und Pädagogik sind vielschichtig und werden, je nach Perspektive der Betrachtenden, unterschiedlich gesehen. Konsens besteht jedoch darin, dass New Labour die britischen Inseln in den Aufwind eines Erneuerungsprozesses katapultiert hat, der nachhaltig Arbeitsplätze für Social Worker schafft. Seit die Labour Party im Mai 1997 das Geschick des Landes in die Hände genommen hat, ist in allen Bereichen eine Welle der Reformen auf den Weg gebracht worden, die einzelne Beobachter zu der Äußerung veranlasst hat, die britischen Inseln lägen im Hoch eines Hurrikans (*Hansen 2003a, S. 103*). Der Reformwind hat insbesondere auch den sozialen Bereich erfasst und eine Fülle von Neuerungen und Veränderungen bewirkt. Schon in seiner Antrittsrede als Premierminister auf der Parteikonferenz 1997 sagte *Tony Blair*: „It's pretty simple the type of country I want. It's a country where our children are proud and happy to grow up in ...“ Man könnte vermuten, dass angesichts solcher Ambitionen und zehn Jahren der Förderung sozialer Dienste der kürzlich veröffentlichte UNICEF-Report zum Status der britischen Kinder im Vergleich zu denen der anderen Industrienationen (*UNICEF 2007*) *Tony Blair* am Ende seiner Amtszeit wie eine Ohrfeige getroffen haben muss. Wer sich mit dem Thema soziale Dienstleistungen auf den britischen Inseln zu Zeiten früherer Regierungen beschäftigt hat, weiß allerdings, dass das konservative Erbe beträchtlich war. Und das, obgleich Ansätze zur Verbesserung der sozialen Dienstleistungen unter konservativer Regentschaft insbesondere infolge des Seeborn-Reports (*Seeborn 1968*) auszumachen waren, und zwar im *Children Act 1989* und im *National Health Service and Community Care Act 1990*. Das erklärte Ziel dieser Gesetzgebung ist die Verleihung von Selbstbestimmungsrechten an die Nutzenden. Dennoch gelang es den konservativen Regierungen unter *Margaret Thatcher* und *John Major* nicht, ein Kontinuum der Verbesserungen auf den Weg zu bringen und die sozialen Dienstleistungen in ein strategisches Konzept einzubeziehen.

Aber New Labour knüpfte an diesen Anfang der 1990er-Jahre entwickelten sozialarbeiterischen Ansatz an, die Nutzenden als den „Kern einer Frucht“

zu sehen, um den herum bei Bedarf eine „nährende Schale“ zu legen ist, und nutzte diesen als Plattform für einen umfangreichen Erneuerungsprozess im gesamten sozialen Bereich. New Labour begriff die konservative Hinterlassenschaft als Grundstein, auf dem soziale Dienste als eigenständige Säule des Sozialstaates aufgebaut werden konnten. In der Gesetzesvorlage (White Paper) „Modernising Social Services“ als Teil einer Agenda für den Wechsel und die Veränderung heißt es in der Einleitung: „We are determined to have a system of health and social care which is convenient to use, can respond quickly to emergencies and provides top quality services. We haven't got that at present“ (Department of Health 1998b, S. 2).

New Labour übernahm allerdings nicht nur den Grundstein für eine grundsätzliche und multidisziplinäre Reform des sozialen Dienstleistungssektors, sondern auch über Jahrzehnte gefestigte Stigmata: Soziale Reformen waren in der Vergangenheit mehr als Stückwerk und als Antwort auf einen in die Öffentlichkeit gelangten Skandal betrieben worden (Payne 2002, S. 54); grundlegende Veränderungen waren nicht Bestandteil eines Regierungsprogrammes. Als man in den 1980er-Jahren zum Beispiel die Einführung einer dreijährigen Ausbildung zum Social Worker vorschlug, lehnte die Regierung aus Kostengründen ab. Der Status und das Image der local authorities wie deren Beschäftigter waren bei Regierungsantritt von New Labour auf dem denkbar niedrigsten Stand, nachdem die Öffentlichkeit Soziale Arbeit über Jahrzehnte fast ausnahmslos im Zusammenhang mit failure and low performance wahrgenommen hatte. New Labour ging das Problem umstandslos und pragmatisch an: Erhöhung der Leistung, Investitionen in Ausbildung und Training und Einbeziehung der Öffentlichkeit.

Die Bausteine der Reform

Die aus diesseitiger Sicht wichtigsten Bausteine der Qualitätsoffensive von New Labour im Überblick:

▲ *Quality protects* war ein im September 1998 ins Leben gerufenes Programm, das die Modernisierung und Reformierung der Children's Social Services zum Gegenstand hatte. Zunächst auf drei Jahre angelegt, wurde es später auf fünf Jahre ausgedehnt und mit einem Finanzvolumen von 885 Millionen Pfund ausgestattet. Das Programm zielte auf die Verbesserung der Lebensbedingungen der Kinder und Jugendlichen, die mit dem staatlichen Hilfesystem in Berührung kamen (Department of Health 1998a). Die vom Department of Health vorgegebenen Zielsetzungen (performance assessment framework) wurden ein

Ob wohl der 9. Juni 2007 einst als weiteres „Wenddatum“ in die Geschichte Berlins eingeht? Was dem 9. November 1989 längst sicher ist, wäre dem 9. Juni sehr zu wünschen. An diesem Tag schaffte es die Profession der Sozialarbeiter auf die Titelseiten der Berliner Zeitungen. Die gute Nachricht: Bis 2011 soll jede Berliner Schule eine Sozialarbeiterin oder einen Sozialarbeiter haben, hatte tags zuvor der Berliner Senat verkündet. Zurzeit gibt es Sozialarbeiter oder Sozialpädagogen nur an jeder achten Berliner Schule.

Vier Jahre noch – mag ein Stoßseufzer durch viele Berliner Lehrerkollegien gehen. Besser als nichts, denken wohl diejenigen, die sich mit der Vernachlässigung der Kinder und Jugendlichen durch die Politik schon abgefunden hatten. Besser als nichts – na ja, Schweden und Großbritannien zeigen uns wie es noch viel besser geht: In Schweden gibt es (landesweit!) schon jetzt mindestens einen Sozialarbeiter an jeder Schule und einen Psychologen je 400 Schüler. In Berlin dagegen kümmert sich ein Psychologe um durchschnittlich 4 000 Schülerinnen und Schüler – in Worten: viertausend! Großbritannien hat in den letzten fünf bis zehn Jahren eine ganze Reihe von Gesetzen zur Verbesserung der Ausbildung und zum vermehrten Einsatz von Sozialarbeitern geschaffen, durch die mittlerweile auch ausländische Fachkräfte angezogen werden, wie der Beitrag „Soziale Arbeit auf den britischen Inseln“ in diesem Heft berichtet.

Der Blick in diese zwei EU-Länder zeigt, dass Berlin und Deutschland mit der mutig scheinenden Ankündigung gerade einmal anfangen, jahrelange Versäumnisse nachzuholen. Und er zeigt, dass dieser Schritt noch längst nicht ausreicht. Wenn nicht schleunigst auch die Zahl der Studienplätze aufgestockt wird, läuft das Programme ins Leere. Und vor allem muss der Kurswechsel nachhaltig sein und nicht bei der nächsten Haushaltskrise gleich wieder „einkassiert“ werden. Wie sagte schon *Richard Kobrak* (siehe Artikel ab Seite 261), der leitende Wohlfahrtsbeamte Berlins von 1927 bis 1933: „Wer den geschulten Fürsorger bei der Bekämpfung sozialer Not ausschalten will, handelt ebenso ‚sparsam‘ wie jemand, der den Arzt vom Kranken fernhält.“

Burkhard Wilke
wilke@dzi.de

Jahr später mit Kennzahlen versehen, durch die Fortschritte auf nationaler Ebene öffentlich messbar und vergleichbar gemacht werden konnten (Hansen 2003a, Payne 2002, S. 56). Die Zertifizierung der lokalen Behörden in London und der Councils hat heute einen festen Platz in der Bewertung der kommunalen Dienstleistungserbringenden.

▲ *The Framework for the Assessment of Children in Need and their Families* wurde vom britischen Gesundheitsministerium (Department of Health), dem Ministerium für Erziehung und Beschäftigung (Department for Education and Employment) und dem Innenministerium (Home Office) im Jahre 2000 herausgegeben (Department of Health 2000). Das Rahmenpapier ist Richtlinie und Handlungsanweisung für die Förderung des Wohls des Kindes im Vereinigten Königreich unter Einbeziehung seines Entwicklungsbedarfs, aller familiärer, soziokultureller wie umweltbedingter und kommunaler Parameter. Soziale Ausgrenzung soll beseitigt und vermieden werden. Dies gilt insbesondere in Bezug auf ethnische Minoritäten und explizit bezogen auf behinderte Menschen. Es führt die Begriffe „initial assessment“ (Entscheidung über weiteres Vorgehen innerhalb von sieben Tagen) und „core assessment“ (Analyse der Situation innerhalb von 35 Arbeitstagen) ein. Die Richtlinie ist ein ungewöhnliches Beispiel für eine interparlamentarische Zusammenarbeit unter Einbeziehung erklärter Regierungsziele, internationaler Leitnormen wie der United Nations Rights of the Child, Human Rights Act 1998 und administrativer Aufgaben im Sinne eines bereichsübergreifenden Denkens. Sie gehört zur empfohlenen Lektüre für alle Social Worker im Bereich Children's and Families' Services.

▲ *The Children (Leaving Care) Act 2000* und die Initiative des Premierministers zur Förderung von Adoptionen (Prime Ministers 2000) haben ebenfalls die Interessen des Kindes im Fokus. Die Richtlinie trat im Oktober 2001 in Kraft und fördert den Weg junger Menschen in die Eigenständigkeit. Zudem hat sie bewirkt, dass deutlich mehr Heimkinder Adoptiveltern gefunden haben.

▲ *The Care Standards Act 2000* setzt schließlich die Vorschläge der Regierung zur Verbesserung der Leistungen im sozialen Dienstleistungssektor kompromisslos um. Die Essenz des Gesetzes liegt in der Aufgabe, Qualitätsstandards für den gesamten sozialen Dienstleistungsbereich zu entwickeln und durchzuführen. Es werden sowohl die Träger der Leistungen erfasst wie die im Sozialsektor Beschäftigten. Erstmals in der britischen Sozialgeschichte

erfuhr der Social Care Worker² eine Definition über die beschriebene Tätigkeit, der Begriff des Social Worker wurde gesetzlich eingeführt³ und erhielt den Status eines geschützten Titels⁴. Aus den Festlegungen lässt sich ableiten, in welchen Bereichen der sozialen Dienste, gleich ob im öffentlichen oder privaten Sektor, welche Anforderungen und Ausbildungsvoraussetzungen an das Personal zu stellen sind. Mit anderen Worten: Das Gesetz regelt mittelbar, in welchen Bereichen die Aufgaben von Fachkräften der Sozialarbeit wahrzunehmen sind. Es erteilt den Auftrag, Fortbildungen durchzuführen und die Ausbildung neu zu ordnen, zu vereinheitlichen und zu überwachen. Es schreibt die Einrichtung eines Berufsregisters für Social Worker und (Social) Care Worker vor. Zur Einhaltung der Standards wurden das General Social Care Council (GSCC) und die National Care Standards Commission (NCSC) als Überwachungsorgane institutionalisiert.

Das Berufsregister

Dem Tempo der Regierungsreform folgend startete das GSCC seine Arbeit bereits im Oktober 2001 und veröffentlichte im Jahr 2002 gemäß seines gesetzlichen Auftrages die ersten national verbindlichen Codes of Practice for workers and employers. Sie sind eine im Diskurs mit allen Beteiligten entwickelte Zusammenstellung von Verhaltensregeln und praktischen Anweisungen im Umgang mit dem Arbeitgeber, den Kollegen und Kolleginnen, den Nutzenden und Sorgeberechtigten sowie mit der Öffentlichkeit bei der Erfüllung der Aufgaben. Zeitgleich begann die Reformierung der universitären Ausbildung. In einer groß angelegten und finanziell reichlich ausgestatteten Kampagne wurden Informationen und Untersuchungsergebnisse aus Befragungen und Studien aller am Prozess Beteiligten zusammengetragen. Rechtzeitig zum Studienbeginn im September 2003 konnte das GSCC als Ergebnis die Akkreditierung von 66 Universitäten verkünden und den neuen dreijährigen social work degree course mit einem integrierten Praxisanteil von 200 Tagen anbieten. 2340 Studierende hatten sich zu diesem Zeitpunkt eingeschrieben. Der degree course löste die im Wesentlichen seit 1989 bestehende zweijährige Ausbildung zur Erlangung eines diploma in social work (DipSW) mit einem Praxisanteil von 130 Tagen ab. Sechs Monate später wurde das Berufsregister für beide Berufe eröffnet. Das GSCC startete eine nationale Kampagne mit der Aufforderung an die etwa 70 000 Social Worker, sich bis zum April 2005 in das Berufsregister eintragen zu lassen. Das Berufsregister nimmt auch qualifizierte Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter aus dem Ausland auf⁵, es steht also deutschen qualifizierten Fachkräften

offen. Die Zahl der registrierten Social Worker ist mittlerweile auf über 90 000 angewachsen (*General Social Care Council*). Die Einführung des degree course und des Berufsregisters werden auf den britischen Inseln als unterstützende Maßnahmen gesehen, das Image des Berufsstands in der Öffentlichkeit zu verbessern und das Selbstwertgefühl der in der Sozialarbeit Tätigen zu stärken.

Überwachung von Standards

Das Überwachungsorgan National Care Standards Commission wurde im Rahmen der Bündelung der Kompetenzen durch den *Health and Social Care Act 2003* mit Wirkung zum April 2004 aufgelöst. Die Überprüfung von Standards, die Überwachung der Registrierung und die Effizienz der Arbeit einzelner Boroughs und Councils durch das sogenannte start-rating wird seit April 2004 durch die Commission for Social Care Inspection (CSCI) wahrgenommen. Bewertet wird die Leistungserbringung im sozialen Bereich, gegliedert nach Erwachsenen und Kindern; zugleich wird das Potenzial der Verbesserung beurteilt. Je nach Performance erfolgt die Zuteilung zwischen null und drei Sternen. Die Bewertung hat mittlerweile bei einzelnen Councils einen Stellenwert in der Selbstdarstellung erfahren und ist zum Bestandteil einer new corporate identity geworden.

Kinderschutz

In der Vergangenheit sorgten verschiedenste Untersuchungen zu schweren Fällen von Kindesmissbrauch (zur Übersicht eignen sich hervorragend *Reder* u.a. 1993, *Reder; Duncan* 1999, *Stanley; Manthorpe* 2004) dafür, dass sich die Praxis in England immer weiter veränderte und eigentlich in ständiger Bewegung geblieben ist. Der infolge des Untersuchungsberichts *Lord Lamings* (2003) über den tragischen Tod der achtjährigen *Victoria Climbié*⁶ im September 2003 vorgestellte Report *Every Child Matters* (*Department for Education and Skills* 2003) stellte seinerzeit den revolutionären Höhepunkt der von der Regierung initiierten und vorangetriebenen Reformbewegung dar.

Der Report unterstreicht in aller Deutlichkeit das Bemühen der Regierung, Veränderungen innerhalb des sozialen Sektors mit dem Schwerpunkt *Children's and Families' Services* grundlegend und multidisziplinär voranzutreiben. Er ist eine kritische Statusmitteilung des bis dahin Erreichten, ein Initiativpapier, weitere Schritte zu gehen, und zugleich eine ergänzende Programmklärung der Regierung. *Tony Blair* nannte ihn den Beginn der bisher radikalsten Reform der *Children's Services* in den letzten 30 Jahren.

Im Vordergrund steht die Verbesserung der Kommunikation zwischen den beteiligten Institutionen, um die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen besser identifizieren und ihnen gerecht werden zu können. Deutlich erkennbar ist auch eine starke organisatorische Umstrukturierungen durch eine Reduzierung von Hierarchieebenen. Dies erscheint gleichzeitig wie eine Verschlankung des Systems, womit wohl auch Hoffnungen auf einen verbesserten Einsatz von Finanzmitteln durch Reduzierung überflüssiger Leistungen erfüllt werden sollen. In der Zukunft wird abzuwarten bleiben, inwieweit *Every Child Matters* tatsächlich eine Verbesserung für Kinder und Jugendliche herbeiführen kann. Sicher aber scheint schon jetzt zu sein, dass die mit dieser Reform einhergehenden Veränderungen einen erheblichen Einfluss auf die Praxis Sozialer Arbeit und die an Social Worker gestellten Ansprüche haben werden.

Prävention und frühe Intervention

Die Praxis Sozialer Arbeit mit Kindern und ihren Familien dreht sich in England im Wesentlichen um die sogenannten „Five outcomes for children“:

▲ *Being healthy*: enjoying good physical and mental health and living a healthy lifestyle.

▲ *Staying safe*: being protected from harm and neglect.

▲ *Enjoying and achieving*: getting the most out of life and developing skills for adulthood.

▲ *Making a positive contribution*: being involved with the community and society and not engaging in anti-social or offending behaviour.

▲ *Economic well-being*: not being prevented by economic disadvantage from achieving their full potential in life (*Department for Education and Skills* 2003).

Der Schwerpunkt liegt nunmehr auf einer frühen Intervention und auf Prävention. Dies soll durch einen verbesserten Austausch von Informationen zwischen den beteiligten Einrichtungen erreicht werden. Zudem wurde das *Framework for the Assessment of Children in Need* durch die Einführung des sogenannten „*Common Assessment Framework*“ erweitert (*Department for Education and Skills* 2004).

Dieses soll von universellen Diensten wie unter anderem Schulen, Ärzten und Kindergärten durchgeführt werden, die den Hilfebedarf bei Kindern feststellen und bei schwerwiegenden Sorgen um das Kindeswohl an die entsprechenden Dienste der *Child Care Teams* eine Meldung abgeben. Von den Teams wird ein detaillierteres Assessment durchgeführt und es werden gegebenenfalls Maßnahmen zum Schutz des Kindes eingeleitet. Überwacht werden die Hilfen, die Kindern und ihren Familien auf der Basis des *Common Assessment Framework* zur Verfügung

gestellt werden, von einem „Lead Professional“ (vor allem bei Child Protection eine qualifizierte Fachkraft), der sicherstellt, dass die angebotenen Hilfen sich nicht überschneiden, Wiederholungen vermieden werden und dass dieses Hilfspaket dem Einzelfall gerecht wird. Der Anspruch an die angebotenen Hilfen ist, dass sie möglichst schnell nach Erkennen eines Bedarfes zur Verfügung gestellt werden („on the spot service delivery“).

The Green Paper: Every Child Matters

Enge Kommunikation zwischen den Anbietenden von Leistungen und den Anfragenden gehört unter anderem zu den Lehren, die aus den Erfahrungen des Berichtes zum Tode von *Victoria Climbié* gezogen und im Rahmen des Green Paper „Every Child Matters“ diskutiert wurden. Sie haben mittlerweile mit Inkrafttreten des Children Act 2004 Gesetzeskraft erlangt. Dessen Ziel liegt darin, ergänzend zum Children Act 1989 eine klare Linie der Verantwortlichkeit in die Children's Services einzuführen und die Effizienz in der Zusammenarbeit verschiedener Einrichtungen, die mit dem Wohl von Kindern und Jugendlichen befasst sind, zu erhöhen, um einen besseren Schutz von Kindern und Jugendlichen zu sichern.

Die Kommunen werden nunmehr verpflichtet, Vorkehrungen zu treffen, um die Kooperation zwischen den mit Kindern und ihren Familien befassten Einrichtungen zu optimieren. Dabei werden auch nicht staatliche Einrichtungen zur Kooperation verpflichtet. Der freiwillige Sektor hat damit die Pflicht, mit staatlichen Einrichtungen proaktiv zusammenzuarbeiten, wenn das Kindeswohl gefährdet ist, und einen sicheren Informationsaustausch zu gewährleisten. Um die Zusammenarbeit zwischen den Einrichtungen zu erleichtern, ist beabsichtigt, Datenbanken mit grundlegenden Informationen über Kinder und Jugendliche aufzubauen, um einen vereinfachten Informationsaustausch und damit eine frühere Intervention und Prävention zu ermöglichen.

Die Kommunen sind zur Einrichtung von lokalen Safeguarding Boards verpflichtet, um diese Kooperation mit allen beteiligten Einrichtungen sicherzustellen. Zudem müssen sie einen „Director of Children's Services“ berufen, der in Bezug auf Kinder für die Bereiche Bildung und soziale Dienste persönlich verantwortlich ist. Parallel dazu werden Personen identifiziert, die die politische Verantwortung für das Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen jeweils auf kommunaler als auch auf nationaler Ebene übernehmen. Diese Vorgaben sollen bewirken, dass in den Kommunen vermehrt über die Grenzen von Pro-

fessionen hinweg zusammengearbeitet wird. Es gibt eine Tendenz, multi-agency-teams zu bilden, in denen Social Worker, Health Visitors, Educational Welfare Officers sowie Psychologinnen und Psychologen eng zusammenarbeiten. Dies bietet eine Vielzahl von Optionen zum professionellen Austausch und ermöglicht, schneller und gezielter passende Hilfen anzubieten.

Zu kritisieren ist am Children Act 2004, dass ein exklusiver Fokus auf einen managerialistischen Ansatz in Form einer Top-Down-Bürokratie gelegt wird. Managerialismus definiert sich in diesem Fall durch den Versuch, „connected, coherent and effective sets of policies and practices, often rhetorically referred to as 'joined up services'“ (Merrick 2006, S. 73) zu entwickeln. So ist der Children Act 2004 trotz einiger positiver Veränderungen, wie der Stärkung interprofessioneller Zusammenarbeit, im Endeffekt als eine unzureichende Antwort auf die Lehren aus dem Tod von *Victoria Climbié* und den vorherigen Untersuchungen zu sehen. „It represents a missed opportunity to strengthen the rights of all children and young people by implementing the UN Convention of the Rights of the Child, and developing social work practice, policy and the development of services“ (ebd., S. 85).

Working Together to Safeguard Children

Diese Richtlinie erscheint als die Umsetzung der Empfehlungen im *Laming Report* (Department for Education and Skills 2006). Mit ihnen sind eine Vielzahl von Änderungen einhergegangen, zum Beispiel wie Organisationen und Individuen zusammenarbeiten müssen, um Kinder zu schützen und ihr Wohlergehen zu sichern. Die Vorgaben aus dem ersten Teil dieses Papiers sind als „Guidance under s7 of the Local Authority Social Services Act 1970“ verpflichtend, während andere mehr empfehlenden Charakter haben und eine best practice definieren sollen.

Zur Sicherung einer Zusammenarbeit wird erwartet, dass eindeutige Managementstrukturen vorhanden sind, die sich an einer „Line of accountability“ orientieren, und dass Einrichtungen klare Verfahren entwickeln, wie sie jeweils mit Fällen von Kindeswohlgefährdung umgehen und wie sie dann mit anderen Einrichtungen kooperieren. Es wird erwartet, dass die verschiedenen Einrichtungen die Verantwortlichkeiten ihrer Mitarbeitenden hinsichtlich ihrer Rolle in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen klar regeln und erfahrene Fachkräfte bestimmen, die sich im Rahmen der Managementstrukturen gezielt um die Belange der Betroffenen kümmern. Die übergeordnete Koordination übernehmen lokale safeguarding

boards, in denen Vertreter der Einrichtungen gemeinsam deren Zusammenarbeit zur Sicherung des Kindeswohls überwachen.

Zusätzlich zur Regelung der Kommunikation zwischen den einzelnen Organisationen werden auch Maßstäbe für die innere Struktur der Organisationen aufgestellt. Im Endeffekt wird es das Ziel sein, eine gewisse Einheitlichkeit im Aufbau der verschiedenen Einrichtungen zu gewährleisten, was wiederum einen Informationsaustausch vereinfachen würde. Interessant ist zu erwähnen, dass nicht nur soziale Dienste, Schulen, Bewährungshilfe, Youth Offending Teams, Childminder oder Gesundheitsbehörden angesprochen werden, sondern dass vor allem auch der Polizei eine zentrale Rolle für den Kinder- und Jugendschutz eingeräumt wird.

Hervorzuheben ist, dass im „Working together“ klar definiert wurde, dass Arbeitgeber sozialer Einrichtungen die Verantwortung dafür haben, dass die Beschäftigten ihre Aufgaben selbstbewusst und kompetent erfüllen können und Risiken für das Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen sicher erkennen sollen. Entsprechend sind die Arbeitgeber dazu verpflichtet, Ressourcen für Training und Fortbildung bereitzustellen, wobei gezielt auf das gemeinsame Training von unterschiedlichen Professionen Wert gelegt wird, um das gegenseitige Verständnis zu erhöhen und damit den Informationsaustausch untereinander zu vereinfachen.

Workforce Strategy

Im Rahmen der Reformen von Every Child Matters wird eine Workforce-Reform mit dem Ziel vorgeschlagen, die Effektivität, die Fähigkeiten, das Training, die Erhaltung und die Anwendung der Children's Workforce zu verbessern (*Department for Education and Skills* 2003, S. 83 ff.). Mit der „Workforce Strategy“ soll ein integriertes Rahmenprogramm für die Qualifikation der Arbeitskräfte, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, entwickelt werden. Dies soll die Schaffung einer „more competent, more flexible workforce, with improved career pathways and better progression opportunities“ (*Department for Education and Skills* 2006a, S. 1) ermöglichen. Zu diesem Zweck sollen die Qualifikationen, die für diese Arbeit Voraussetzung sind, vereinheitlicht werden, um Qualitätsstandards zu ermöglichen. Bis zum Jahr 2008 ist geplant, einheitliche Arbeitsstandards einzuführen, die den „Common Core of Skills and Knowledge“ beinhalten. Bis zum Jahr 2010 soll ein integriertes Rahmenprogramm für entsprechende Qualifikationen gültig sein (*Department for Education and Skills* 2006a, S. 11).

Der „Common Core of Skills and Knowledge“ (*Department for Education and Skills* 2005) wurde infolge des Green Paper entwickelt und stellt seitdem die Grundlage für jegliche Qualifikation derjenigen Arbeitskräfte dar, die im Bereich der Jugendhilfe arbeiten. Hintergrund dieser Strategie ist es, eine Basis für zukünftige Qualifikation bereitzustellen und damit natürlich den Status dieses Arbeitsbereiches für die Profession zu erhöhen. Inwieweit dies erfolgreich sein wird, ist abhängig davon, wie diese Erwartungen an die Arbeitskräfte in die bereits bestehenden Curricula für notwendige Qualifikationen integriert werden können.

Definiert werden sechs Bereiche, in denen die Arbeitskräfte Qualifikationen und Fähigkeiten haben müssen. Es wird erwartet, dass die Arbeitskräfte effektiv kommunizieren, Informationen austauschen, mit anderen Organisationen zusammenarbeiten und Beziehungen zur Klientel aufbauen können. Zudem werden Wissen über die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen und die Fähigkeit erwartet, Kinder durch Phasen von Veränderungen zu begleiten und deren Wohlergehen aktiv zu schützen und zu fördern (*ebd.*, S. 4). Dies klingt noch sehr allgemein und ist noch ein wenig entfernt von einer eigenständigen professionellen Expertise, gibt aber einen Einblick in die Erwartungen an Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen in England.

In die gleiche Richtung zielt der jüngste Reformvorschlag Care Matters: Transforming the Lives of Children and Young People in Care (*Department for Education and Skills* 2006b). Mit Blick auf in England gefragte Qualifikationen ist dieses Reformpapier aus deutscher Sicht von besonderem Interesse. Es scheint so, als ob das Konzept der Sozialpädagogik „entdeckt“ worden sei (*ebd.*, S. 47). Der Reformvorschlag zielt auf die Verbesserung der Praxis in der direkten Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in Pflege (sei es mit Pflegeeltern oder in Heimunterbringung) durch spezialisiertes Personal. Dabei wird der Begriff „Pädagogik“ benutzt, der in England zur Zeit noch relativ unbekannt ist und wenig diskutiert wird. Aber es scheint, als ob sich in der näheren Zukunft ein großer Bedarf an pädagogisch ausgebildetem Personal ergeben wird, um die Praxis, wie in Care Matters vorgeschlagen, zu reformieren.

Praxisreport

Der Alltag Sozialer Arbeit zur Sicherung des Kindeswohls in England aus der Sicht einer deutschen Sozialpädagogin liest sich wie folgt: Es sind vor allem die E-Mails vom Notfallteam, die den Arbeitsplan bestimmen. Das Notfallteam arbeitet jeden Tag von

17 Uhr bis 8.30 Uhr sowie am Wochenende, wenn die Children and Family Centres geschlossen sind. Eine Nachricht von diesen Kolleginnen und Kollegen kann die komplette Planung eines Montags und manchmal einer gesamten Woche verändern. Wie es der Name des Teams bereits verdeutlicht: Es bearbeitet Notfälle und Krisen in Familien. Eine Nachricht von ihm kann bedeuten, dass ein Kind am Wochenende in einer Pflegefamilie untergebracht werden musste, Familienbeziehungen eskaliert sind, ein Familienmitglied gewalttätig geworden ist oder jemand unter Einfluss von Drogen gefunden wurde. Es bestehen viele Möglichkeiten. Manche Ereignisse können relativ schnell bearbeitet und geklärt werden, andere erfordern Zeit und Intervention.

In der alltäglichen Terminplanung von Social Workern stehen Hausbesuche, Treffen, Konferenzen, Telefonate, Berichte schreiben und vieles mehr. Ihr Aufgabenbereich umfasst die unmittelbare Arbeit mit den Kindern bis hin zu reiner Schreibtischarbeit. Sie stehen in regelmäßigem Kontakt mit allen in den Fall involvierten Professionellen. Jeder Sozialarbeiter, jede Sozialarbeiterin hat einen eigenen caseload, eine bestimmte Anzahl von Kindern und ihren Familien, mit denen sie jeweils in einer Partnerschaft zusammenarbeiten sollten. Die Kinder sind ein Teil der Familie, sie haben ihre eigenen individuellen Bedürfnisse, Notlagen und Stärken, genauso wie die Familienangehörigen eigene individuelle Bedürfnisse, Notlagen und Stärken haben.

60,2 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner zählte man im Jahr 2005 in Großbritannien, wovon knapp 20 Prozent bis zu 15 Jahre alt waren. Von den rund 12 Millionen Kindern und Jugendlichen können etwa 400 000 (3,3 Prozent) als Children in Need bezeichnet werden (*Department for Education and Skills* 2003, S. 15). Entsprechend der Definition im *Children Act* 1989 sind das Kinder, welche ohne zusätzliche Dienste keinen angemessenen Standard hinsichtlich Gesundheit und Persönlichkeitsentwicklung erreichen können; deren Gesundheit und Entwicklung voraussichtlich bedeutend beeinträchtigt wird, wenn keine Dienste für sie bereitgestellt werden.

Von den Children in Need bedarf ein geringer Prozentsatz besonderen Schutzes: Children in Need of Protection. Das sind die sogenannten Fälle von Child Protection. Ein Kind ist in Gefahr, bedeutenden gesundheitlichen, psychischen oder physischen Schaden zu erleiden oder hat bereits bedeutenden Schaden erlitten. Zum Beispiel: Ist ein Kind von seinen Eltern geschlagen worden und wurde es mit meh-

renen Knochenbrüchen ins Krankenhaus eingeliefert, erfolgt unmittelbar ein Hinweis an Children's Services. Hier wird daraufhin eine Untersuchung eingeleitet, wie das Wohlergehen des Kindes geschützt werden kann. Ferner wird eine Konferenz einberufen, in der alle beteiligten Professionellen – aus den Bereichen Gesundheit, Ausbildung, Polizei und Sozialarbeit – mit den Eltern zusammentreffen. Es werden die vorhandenen Informationen zur Familienhistorie, zu den Entwicklungsbedürfnissen des Kindes, der Kapazität der Eltern und ihrer Umgebung gesammelt und gewürdigt, um eine Entscheidung zum Wohl des Kindes zu treffen. Kommen die Teilnehmenden der Konferenz zum Ergebnis, dass das Kind in Gefahr ist, erfolgt eine Diskussion über die Einschätzung der Gefahren. Es gibt vier Kategorien: Vernachlässigung beziehungsweise Verwahrlosung, emotionaler Missbrauch, körperlicher Missbrauch und sexueller Missbrauch. Das Kind wird somit zum „Subject of a Child Protection Plan“. In festgelegten Zeitabschnitten werden Folgekonferenzen mit allen Beteiligten einberufen, um zu entscheiden, ob weiterhin eine Gefahr für das Kind besteht. Zwischen den Konferenzen beruft der Social Worker Core Group Meetings ein, in welchen der Arbeitsplan erstellt und regelmäßig überarbeitet wird. Dieser Arbeitsplan dient zur Unterstützung der Familie, um ihre Stärken zu fördern und ihre Schwächen mit Hilfe von zusätzlichen Diensten zu kompensieren.

Ein erfolgreicher Abschluss ist erreicht, wenn beschlossen werden kann, dass die Ziele des Child Protection Plan erfüllt sind und die Familie als Einheit soweit erstarkt ist, dass sie ohne externe Unterstützung leben kann. Sollten die Risiken für das Kind innerhalb der Familie bestehen bleiben beziehungsweise nicht kompensierbar sein, wird das Kind in einer Pflegefamilie untergebracht, damit es sich in allen Bereichen gut entwickeln kann und seine Bedürfnisse erfüllt werden können. Die Herausnahme eines Kindes erfolgt im besten Interesse des Kindes, aber nicht immer mit dem Einverständnis der Eltern. Unter Umständen muss die Local Authority (kommunale Behörde) das Sorgerecht für das Kind beantragen. Sollte das Kind auf lange Sicht nicht in seine Ursprungsfamilie zurückkehren können, wird auch die Adoption in Betracht gezogen.

Ein wesentlicher Bestandteil für die Arbeit mit Kindern und deren Familien ist eine genaue Analyse der Stärken und Schwächen. Grundlage hierfür ist das Framework for the Assessment of Children in Need and their Families. Kernpunkte sind die Entwicklungsbedürfnisse des Kindes, die Fähigkeiten der Eltern sowie die Familie und ihr soziales Um-

feld. Nachdem eine erste Krisenintervention erfolgt ist, findet eine genaue Betrachtung aller Bereiche – das Kind, die Eltern und die Familie betreffend – statt. Hierbei geht es um das Sammeln von Informationen, die das Kind direkt angehen, die Fähigkeiten der Eltern sowie familiäre und umweltbedingte Faktoren berücksichtigen. Die Social Worker erstellen ein Gesamtbild der Familie. Ist die Phase abgeschlossen, folgt eine Analyse von Stärken und Schwächen, denn der Arbeitsplan dient unter Einbeziehung verschiedener Dienste der Förderung und Befähigung der Familie.

Fazit

New Labour begann die Reformierung des sozialen Dienstleistungssektors. Der Bereich der Jugendhilfe erfuhr dabei zunächst Priorität vor allen anderen Bereichen. Insbesondere die Untersuchung im Fall von *Victoria Climbié* hat den Reformprozess erheblich beschleunigt. Man trifft nun auf die Bereitschaft, Lehren aus den durchgeführten Untersuchungen von Kindesmissbrauch zu ziehen und diese in die Praxis umzusetzen. Gegebenenfalls werden diese Lehren durch Gesetzgebungen ergänzt und untermauert. In diesem Zusammenhang entwickelt sich allmählich eine Kultur, die Professionalität der Fachkräfte der Jugendhilfe nicht nur zu hinterfragen, sondern weiterzuentwickeln, entsprechende Qualifikationen zu ermöglichen und Investitionen zu leisten. Der Reformprozess der Regierung ist nicht abgeschlossen und reicht hinsichtlich des Kindeswohls weit hinaus in das Jahr 2020: Zu diesem Zeitpunkt soll die Kinderarmut beseitigt sein (*Her Majesty Treasury* 2002). Dieses Ziel wird mittlerweile von allen politischen Kräften angestrebt (*Fisher* o.J.). Eine starke Lobby für Kinderrechte wird nicht müde, die Regierung an die Einhaltung dieses und anderer Versprechen zu erinnern, und ermahnt den Finanzminister, den Haushalt zur Bewältigung der Herausforderungen des nächsten Jahrzehnts (*Her Majesty Treasury* 2007) entsprechend auszurichten. Der *UNICEF*-Report wird in diesem Zusammenhang – nicht unkritisch – als willkommener Aufruf verstanden, den Reformprozess nicht aufzugeben und weiter voranzutreiben (*Reitemeier* o.J.), so dass die Früchte des Engagements im nächsten Report sichtbar werden. Es gibt noch viel zu tun!

Anmerkungen

- 1 Die Bezeichnung Social Worker wird in diesem Text groß geschrieben, um den Sachverhalt zu betonen. Sie umfasst die Berufe der Sozialarbeit und Sozialpädagogik.
- 2 Section 55: „Social care worker“ means a person (other than a person excepted by regulations) who ...
- 3 Section 56: (1) Each Council shall maintain a register of (a) Social Workers; and (b) Social Care Workers of any other des-

cription specified by the appropriate Minister by order.

4 Section 61: (1) If a person who is not registered as a Social Worker in any relevant register with intent to deceive another (a) takes or uses the title of Social Worker; he is guilty of an offence.

5 Section 65: (1) An applicant for registration as a Social Worker in the register maintained by the English Council satisfies the requirements of this section if (a) being a national of any EEA State (i) he has professional qualifications, obtained in an EEA State other than the United Kingdom, which the Secretary of State has by order designated as having Community equivalence for the purposes of such registration; and he satisfies any other requirements which the Council may by rules impose.

6 Victoria Climbié kam zusammen mit ihrer Tante Marie Kouao von der Elfenbeinküste über Frankreich nach England, um eine bessere Schulbildung zu erhalten. Am 25. Februar 2000, elf Monate nach ihrer Ankunft in England, starb Victoria an den Folgen schwerster Misshandlung durch ihre Tante und deren Partner. Die letzten Wochen verbrachte das Kind in einem ungeheizten Badezimmer, bis zum Hals in einem Müllsack gefesselt, in Urin und Fäkalien liegend. In der nachfolgenden Untersuchung wurde festgestellt, dass Victoria allen mit der Sicherung des Kindeswohls beauftragten Einrichtungen bekannt war. Nicht weniger als zwölf Möglichkeiten wurden gezählt, bei denen das Mädchen hätte gerettet werden können, wenn die beteiligten Einrichtungen ihrem Auftrag nachgekommen wären (Department for Education and Skills 2003, S. 3).

Literatur

- Care Standards Act 2000:** Internet: www.opsi.gov.uk
Children Act 1989: Internet: www.opsi.gov.uk
Children (Leaving Care) Act 2000: Internet: www.opsi.gov.uk
Department for Education and Skills: Every Child Matters. Change for Children. London 2003
Department for Education and Skills: Common Assessment Framework. London 2004
Department for Education and Skills: Common Core of Skills and Knowledge for the Children's Workforce. London 2005
Department for Education and Skills: Children's Workforce Strategy. Building an Integrated Qualifications Framework. London 2006a
Department for Education and Skills: Care Matters. Transforming the Lives of Children and Young People in Care. London 2006b
Department for Education and Skills: Working together to safeguard children. A guide to inter-agency working to safeguard and promote the welfare of children. London 2006c
Departement of Health: Quality Protects. London 1998a
Departement of Health: Modernising Social Services. London 1998b
Department of Health et al.: Framework for the Assessment of Children in Need and their Families. London 2000
Fisher, Hilary: Director of End Child Poverty (registered charity). Internet: www.ecpc.org.uk
General Social Care Council: Internet: www.gssc.org.uk
Hansen, Eckhard: Referenzpunkte und Steuerungsinstrumente bei der Verbesserung der Qualität personenbezogener Sozialer Dienstleistungen. Britische Reformen und deutscher Entwicklungsbedarf. In: Institut für Sozialarbeit und Sozialpäda-

gogik (Hrsg.): Indikatoren und Qualität Sozialer Dienste im europäischen Kontext. Frankfurt am Main 2003a, S. 98-107

Hansen, Eckhard: Mythos und Realität sozialstaatlicher Aktivierungsideologien. Entwicklungstendenzen personenbezogener Sozialer Dienstleistungen in England und Deutschland. In: Dahme, Heinz-Jürgen u. a. (Hrsg.): Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat. Opladen 2003b, S. 393-418

Health and Social Care Act 2003: Internet: www.opsi.gov.uk

Her Majesty Treasury: Spending Review 2002. Chapter 15: Department for Work and Pensions. Internet: www.hm-treasury.gov.uk/Spending_Review/spend_sr02/psa/spend_sr02_pсадwp.cfm

Her Majesty Treasury: Comprehensive Spending Review 2007 (CSR07): Meeting the challenges ahead. Internet: www.hm-treasury.gov.uk/spending_review/spend_csr07/spend_csr07_index.cfm

Local Authority Social Services Act 1970: Internet: www.opsi.gov.uk

Lord Laming, Herbert: The Victoria Climbié Inquiry. London 2003

Merrick, Dave: Social Work and Child Abuse. Still walking the tight rope. London 2006

National Health Service and Community Care Act 1990: Internet: www.opsi.gov.uk

Payne, Malcolm: Social Work in the British Isles. London 2002

Prime Minister: Prime Minister's Review Adoption. A performance and innovation unit report. London 07/2000

Reder, Peter u. a.: Beyond Blame. Child abuse tragedies revisited. Hove 1993

Reder, Peter; Duncan, Sylvia: Lost Innocents. A Follow-Up Study of Fatal Child Abuse. London 1999

Reitemeier, Bob: Chief Executive of the Children's Society (registered charity). Internet: www.childrenssociety.org.uk

Sir Seebohm, Frederic: Report of the Committee on Local Authority and Allied Personal Social Services. HMSO (Her Majesty's Stationery Office). London 1968

Stanley, Nicky; Manthorpe, Jill (Hrsg.): The Age of the Inquiry. Learning and blaming in health and social care. London 2004

UNICEF: Child poverty in perspective. An overview of child well-being in rich countries. Innocenti Report Card 7. UNICEF Innocenti Research Centre. Florence 2007

Die vier Typen der Bearbeitung von Ausgrenzungserfahrung

Die Hallenser Biographiestudie zur Jugendgewalt

Ingo Diedrich

Zusammenfassung

Wer sich ausgegrenzt sieht, bearbeitet diese Grenze. In der Arbeit mit ausgegrenzten Personen ist es sehr wichtig, die Bedeutung dieser Grenze und den Umgang mit ihr zu verstehen. In der Hallenser Biographiestudie zur Jugendgewalt wurden auf der Basis zahlreicher narrativer Interviews vor allem mit gewaltkriminellen Jugendlichen vier Typen der Bearbeitung von Ausgrenzungserfahrung entwickelt. Diese Typen zeigen die Grenzen und Möglichkeiten, mit diesen Jugendlichen in Kontakt zu treten.

Abstract

Those who feel excluded will have to deal with boundaries of social exclusion. When working with people who have been excluded it is important to understand the exact extent of these boundaries. The study „Hallenser Biographiestudie zur Jugendgewalt“ (the Halle Biographical Study on Youth Violence) outlines four ways of dealing with experiences of social exclusion, based on numerous narrative interviews with young people having committed acts of criminal violence. The description of these four ways includes indications as to the limits and possibilities of establishing contact with these youths.

Schlüsselwörter

Jugendlicher – Gewalttätigkeit – abweichendes Verhalten – Typologie – soziale Ausgrenzung – Biographie – Analyse

Einleitung

Egal, ob sie „Benachteiligte“, „Schulverweigerer“, „Kriminelle“ oder einfach „Ausgegrenzte“ genannt werden, die Arbeit mit Jugendlichen jenseits sozialer Grenzen gehört zum Kerngeschäft der Sozialarbeit. Diese Grenzen verweisen auf die Unterschiede zwischen der als normal angesehenen eigenen und der abweichenden Welt. Sie machen deutlich, was mit dem Gegenüber bearbeitet werden muss. Für das Gelingen einer Grenzarbeit ist zum einen die genaue Kenntnis der Bedeutung der Grenze für die eigene Person notwendig: Sollen Türen geöffnet, soll die Grenze eingerissen oder sollen die Jugendlichen in der ausgegrenzten Welt gestützt werden? Zum anderen ist es aber genauso wichtig, die Bedeutung der Grenze für das Gegenüber zu kennen. Die Arbeit mit jemandem, für den das Leben als „Outsider“ fester Bestandteil des Selbstbildes ist,